

## **S-01** Wofür wir Verantwortung übernehmen wollen - Zehn-Punkte-Plan für Grünes Regieren

Antragsteller\*in: Katrin Göring-Eckardt (KV Gotha)  
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

1 Wir leben in Zeiten, in denen sich vieles ändert. Bedrohliches wie auch Positives.  
2 Veränderung wird von manchen erhofft, von anderen befürchtet. Wir sind überzeugt, dass unser  
3 Land in einem vereinten Europa das Beste noch vor sich hat – wenn wir jetzt beherzt  
4 anpacken. Wir wollen dafür Verantwortung übernehmen.  
5 Es braucht Mut zu Veränderungen, um unser Land voranzubringen. Herausforderungen löst nicht,  
6 wer bloß über Erfolge von gestern redet und sich darauf ausruht. Wir wollen Fortschritt  
7 erkämpfen. Mit vielen Verbündeten. Auch für diejenigen, die noch nicht an ihm teilhaben.  
8 Deshalb wollen wir regieren. Dafür brauchen wir Partner. Diese Partnerschaft muss darauf  
9 gründen, dass sich heute vieles ändern muss, damit wir alle auch morgen gut leben können.  
10 Wer mit uns koalieren will, der muss bereit sein, bei diesen Vorhaben entschieden mit  
11 voranzugehen.

### 12 **1. Klimaschutz voranbringen**

13 Das Klima zu schützen, ist eine Menschheitsaufgabe. Wir wollen, dass Deutschland seine  
14 Klimaschutzziele einhält – ohne Wenn und Aber. Spätestens im Jahr 2050 wollen wir nur noch  
15 saubere Energie in Deutschland haben. Wir beschleunigen die Energiewende, schaffen die  
16 Deckelung für den Ausbau der Erneuerbaren Energien ab und achten dabei auf einen fairen  
17 Übergang. Wir führen einen nationalen Mindestpreis für Klimaverschmutzung ein. Die  
18 Stromsteuer schaffen wir ab und führen im Gegenzug eine aufkommensneutrale CO<sub>2</sub>-Bepreisung  
19 ein. Wir steigen aus der klimafeindlichen Kohle aus. Die 20 schmutzigsten Kohlekraftwerke  
20 schalten wir sofort ab, damit Deutschland das Klimaschutzziel 2020 noch erreichen kann.

### 21 **2. E-Mobilität zum Durchbruch verhelfen**

22 Eine erfolgreiche Wirtschaft ist in Zukunft erneuerbar, effizient und digital – auch in der  
23 Mobilität. Das saubere Auto soll auch in Deutschland entwickelt und gebaut werden.  
24 Deutschland hat dafür weltweit die besten Ingenieurinnen und Ingenieure. Aber es braucht  
25 einen ehrgeizigen politischen Rahmen und damit Planbarkeit. Wir beenden die Ära des fossilen  
26 Verbrennungsmotors mit klaren ökologischen Leitplanken. Wir schaffen die steuerlichen,  
27 fiskalischen und infrastrukturellen Voraussetzungen für die emissionsfreie Mobilität der  
28 Zukunft. Wir beenden die Subventionen für Spritfresser wie beim Dienstwagenprivileg. Wir  
29 kurbeln die E-Mobilität an, indem wir für Neuwagen ein Bonus-Malus-System in die KFZ-Steuer  
30 integrieren, von dem profitiert, wer weniger CO<sub>2</sub> ausstößt. Das befördert Innovation und  
31 sichert mit deutscher Hightech Arbeitsplätze und Wertschöpfung.

### 32 **3. Landwirtschaft nachhaltig machen**

33 Immer mehr Menschen wollen gesunde Lebensmittel, die im Einklang mit der Natur hergestellt  
34 werden. Sie wünschen sich eine Landwirtschaft, die unser Grundwasser und unsere Böden  
35 schützt, die den Reichtum unserer Tier- und Pflanzenwelt erhält, anstatt Bienen- und  
36 Vogelsterben zu verursachen. Mit uns wird Deutschland auf eine nachhaltige Landwirtschaft  
37 umsteigen – ohne Ackergifte und Gentechnik. Die industrielle Massentierhaltung ersetzen wir  
38 über die nächsten zwanzig Jahre durch artgerechte Tierhaltung. Wir setzen höhere

39 Tierschutzstandards per Gesetz durch und führen eine Haltungskennzeichnung beim Fleisch ein.  
40 Wir schichten die europäischen Steuermilliarden so um, dass Umweltschutz und Tierwohl zu  
41 neuen Einkommensmöglichkeiten für Landwirte werden, denn die neue Landwirtschaft gibt es nur  
42 mit den Bäuerinnen und Bauern.

#### 43 **4. Europa zusammenführen**

44 Wir wollen das vereinte Europa stärken. Denn ohne ein vereintes Europa wird es für uns alle  
45 weder Frieden noch Wohlstand noch Sicherheit in der globalisierten Welt geben. Mit uns wird  
46 es eine klare Kurskorrektur in der deutschen Europapolitik geben. Denn es braucht  
47 Partnerschaft mit Respekt auf Augenhöhe und mehr Solidarität und Nachhaltigkeit statt  
48 einseitiger Sparpolitik. Wir werden massiv in die ökologische Modernisierung und die  
49 digitale Zukunft unseres Kontinents investieren und so auch zur Bekämpfung der  
50 Arbeitslosigkeit in vielen Ländern beitragen – statt zwei Prozent der Wirtschaftsleistung  
51 und damit allein in Deutschland 30 Milliarden Euro mehr in Verteidigung zu stecken. Wir  
52 wollen mehr Transparenz für Bürgerinnen und Bürger und mehr Entscheidungsrechte für die  
53 Parlamente in der Europapolitik.

#### 54 **5. Familien stärken**

55 Wir wollen, dass das Aufstiegsversprechen für alle gleichermaßen gilt. Dazu braucht es faire  
56 Chancen für alle. Wir investieren zusätzlich in gute Bildung, in bessere Kita-Qualität und  
57 intakte und gut ausgestattete Schulen – statt mit der Gießkanne Geld auszugeben. Wir  
58 bekämpfen Kinderarmut. Wir verbessern die Familienförderung und machen sie mit 12 Milliarden  
59 Euro zusätzlich mit dem Familienbudget gerechter. Damit eröffnen wir endlich allen Kindern  
60 gute Chancen für ihr Leben - egal wie sie heißen, wo sie wohnen und wer ihre Eltern sind.  
61 Insbesondere Frauen machen wir es so einfacher, Familie und Beruf besser zu vereinbaren.

#### 62 **6. Soziale Sicherheit schaffen**

63 Mit der Digitalisierung der Arbeitswelt stehen wir vor einem großen Umbruch. Wir wollen  
64 dafür sorgen, dass der Sozialstaat sein Versprechen auf Sicherheit auch in Zukunft noch  
65 einlösen kann. Und wir wollen soziale Ungleichheit in Deutschland verringern. Deshalb bauen  
66 wir die sozialen Sicherungssysteme schrittweise zu einer solidarischen Bürgerversicherung  
67 für alle um. Wir stabilisieren das Rentenniveau. Wir beenden die Zwei-Klassen-Medizin und  
68 beteiligen Arbeitgeber wieder paritätisch an den Kosten. Und wir verbessern die soziale  
69 Absicherung von Selbstständigen. Wir gewährleisten das Recht auf Rückkehr in Vollzeit.  
70 Gleichwertige Arbeit soll endlich gleich bezahlt werden – egal, ob sie von Frauen oder  
71 Männern geleistet wird. Dass vor allem Frauen im Alter arm sind, akzeptieren wir ebenso  
72 wenig wie die gläserne Decke, an die Frauen immer noch stoßen. Quoten bleiben das wirksamste  
73 Mittel, ob im DAX-Vorstand oder an den Spitzen von Verwaltungen.

#### 74 **7. Integration zum Erfolg führen**

75 Wer anpackt für unsere gemeinsame Heimat, gehört dazu. Wer hier glücklich werden will, muss  
76 unser Grundgesetz und seine Grundwerte anerkennen. In unserem gemeinsamen Land gilt das für  
77 alle, egal ob sie aus Dresden oder aus Damaskus kommen. Wir beurteilen Menschen nicht  
78 danach, wo sie herkommen, sondern wohin sie im Leben wollen. Wir legen künftig in unserer  
79 Einwanderungsgesellschaft mehr Wert auf Erziehung zur Demokratie für alle Kinder und  
80 Jugendlichen. Wir reformieren das Staatsbürgerschaftsrecht: Wer in Deutschland geboren wird,  
81 ist deutscher Staatsbürger. Anerkannte Flüchtlinge dürfen ihre Familien nachholen, denn auch  
82 das hilft ihnen, sich zu integrieren. Wir stehen für eine humane und zudem gemeinsame  
83 europäische Flüchtlingspolitik ein. Mit uns gibt es keine Grundgesetzänderung für eine  
84 Obergrenze beim Asylrecht. Weitere Asylrechtsverschärfungen und Abschiebungen in Kriegs- und  
85 Krisengebiete lehnen wir ab. Das sind wir unserer Geschichte und unseren Werten schuldig.

86 **8. Liebende heiraten lassen**

87 Wir wollen die Ehe für alle auch in Deutschland ermöglichen. Wenn zwei Menschen sich lieben  
88 und füreinander Verantwortung übernehmen wollen, dann verdient das Respekt. Das sehen in  
89 Deutschland die meisten Menschen so: Sie wollen, dass Schwule und Lesben heiraten dürfen. In  
90 22 Länder weltweit, davon 13 in Europa, können sich Schwule und Lesben das Ja-Wort geben.  
91 Warum soll in Deutschland nicht möglich sein, was vielerorts geltendes Recht ist? Das  
92 Eheverbot für Schwule und Lesben passt nicht zu unserem modernen Land Deutschland.

93 **9. Freiheit sichern**

94 Wer frei leben will, muss sich sicher fühlen können. Islamistischer Terrorismus ist eine der  
95 größten Bedrohungen unserer Zeit. Rechtsextreme Gewalt und Terror konnten sich in unserem  
96 Land viel zu lange ohne effektive Gegenwehr ausbreiten. Frauen können sich in der  
97 Öffentlichkeit nicht überall und immer sicher fühlen. Geflüchtete, Homosexuelle, sogar  
98 Obdachlose werden bedroht oder angegriffen. Vielen Menschen macht zurecht die hohe Zahl der  
99 Einbrüche Angst. Wir stehen für eine effektive Sicherheitspolitik. Eine Sicherheitspolitik,  
100 die Bedrohungen ernst nimmt, aber mit Augenmaß und unter Wahrung der Bürgerrechte reagiert.  
101 Wir sorgen dafür, dass die Polizei zur Erfüllung ihrer wachsenden Aufgaben gut ausgestattet  
102 ist, um effektiv schützen zu können. Wir stärken die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der  
103 Sicherheitsbehörden. Wir setzen auf gezielte Überwachung statt massenhaftem Ausspähen aller  
104 Bürgerinnen und Bürger. Wir stärken das Prinzip der Prävention als integraler Bestandteil  
105 der inneren Sicherheit. Dazu gehört auch, das Waffenrecht zu verschärfen.

106 **10. Fluchtursachen bekämpfen**

107 Deutschland ist international ein verlässlicher Bündnispartner. Doch wir tragen derzeit mit  
108 Rüstungsexporten an Diktaturen und Krisenregionen zur Unsicherheit in der Welt bei. Deshalb  
109 beenden wir solche Exporte mit einem verbindlichen Rüstungsexportgesetz. Wir wollen nicht  
110 auf Kosten der Menschen in anderen Ländern Profite machen und Konflikte dort anheizen.  
111 Deshalb stärken wir mit fairen Handelsabkommen ökologische und soziale Standards weltweit.  
112 Wir wollen die Überfischung vor den Küsten Afrikas beenden und solche Agrarsubventionen  
113 streichen, die andernorts Landflucht und Hunger befördern. Der Kampf gegen die  
114 Klimaerhitzung ist auch ein Kampf gegen Fluchtursachen. Die beste Flüchtlingspolitik ist  
115 diejenige, die Menschen davor bewahrt, ihre Heimat verlassen zu müssen.

116 **Unser verbindliches Angebot**

117 Diese Vorhaben beschreiben nicht alle unsere Anliegen – aber die wichtigsten. Sie sind unser  
118 Maßstab für eine Regierungsbeteiligung. Sie sind unser verbindliches Angebot an Sie, die  
119 Bürgerinnen und Bürger. Wenn Sie die Grünen wählen, bekommen Sie dafür vollen Einsatz.

120 Wir wollen den Stillstand und die Unentschlossenheit ablösen, die die Große Koalition  
121 bietet. Deshalb sind wir bereit, nach der Wahl mit allen Parteien außer der AfD zu sprechen,  
122 ob wir unsere Vorhaben umsetzen können. Das entspricht unserem Verständnis von Demokratie  
123 und Verantwortung.

124 Wir haben bereits einmal sieben Jahre lang in einer Koalition mit der SPD unsere Republik  
125 erfolgreich regiert und nach vorne gebracht. Daran würden wir gerne wieder anknüpfen. Doch  
126 über mögliche Mehrheiten entscheiden Sie als Wählerinnen und Wähler. Je stärker die Grünen  
127 im nächsten Deutschen Bundestag und einer Bundesregierung sind, umso mehr Gewicht haben wir  
128 auch, um diese Ziele durchzusetzen. Regieren können und werden wir, wenn die Richtung stimmt  
129 und unsere Kernvorhaben umgesetzt werden können. Das ist für uns Anforderung, um  
130 verantwortungsvoll mit Ihrer Stimme umzugehen. Wenn die Gemeinsamkeiten nicht reichen, dann  
131 geht es nicht. Sollte es erfolgreiche Koalitionsverhandlungen geben, werden wir das Ergebnis  
132 unseren Mitgliedern in einer Urabstimmung vorlegen.

- 133 Wir wollen eine moderne und ökologische, eine vielfältige und gerechte Gesellschaft. Wer mit  
134 uns regieren will, muss sich mit auf den Weg dorthin machen.  
135 Zukunft wird aus Mut gemacht!

## Begründung

### **Begründung der Dringlichkeit:**

Die Ergebnisse der drei Landtagswahlen dieses Frühjahrs machen eine Konkretisierung unserer politischen Vorhaben für das Bundestagswahlprogramm die Bundestagswahl erforderlich. Dieser Wahlkampf findet in einer Zeit starker Veränderungen des Parteiensystems und daher ohne absehbare Koalitionsmodelle statt. Deshalb brauchen wir Grüne eine starke inhaltliche Verbindlichkeit und Fokussierung in der Auseinandersetzung mit den anderen Parteien. Diese Fokussierung sollte Teil des Wahlprogramms sein und daher von der BDK getragen werden.

Da die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen erst nach Antragsschluss stattfanden, reichen wir diesen Antrag als Dringlichkeitsantrag ein.

*Dieser Antrag soll als Schlusskapitel in das Wahlprogramm aufgenommen werden.*

Der Bundesvorstand, der Vorstand der Bundestagsfraktion, der Parteirat und das Treffen der Landesvorsitzenden mit dem Bundesvorstand unterstützen geschlossen den Zehn-Punkte-Plan für Grünes Regieren.

## Unterstützer\*innen

Cem Özdemir (KV Stuttgart); Anton Hofreiter (KV München-Land); Simone Peter (KV Saarbrücken); Winfried Kretschmann (KV Esslingen); Robert Habeck (KV Flensburg); Claudia Roth (KV Augsburg-Stadt); Britta Haßelmann (KV Bielefeld); Michael Kellner (KV Berlin-Pankow); Reinhard Bütikofer (KV Berlin-Mitte); Tarek Al-Wazir (KV Offenbach-Stadt); Sven Giegold (KV Düsseldorf); Renate Künast (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Jürgen Trittin (KV Göttingen); Fritz Kuhn (KV Stuttgart); Ska Keller (KV Spree-Neiße); Ramona Pop (KV Berlin-Mitte); Anja Siegesmund (KV Jena); Stefan Wenzel (KV Göttingen); Katharina Fegebank (KV Hamburg-Nord)

**S-02** Abschlusskapitel: "Zukunft im Programm" (ZP) (ehemals BTW-10-1 und 2)

Antragsteller\*in: Marc Kersten (Köln KV)  
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

- 1 Für all diese mutigen Ziele kämpfen wir mit Leidenschaft und werden im Falle der  
2 rechnerischen Möglichkeit einer Regierungsbeteiligung versuchen, so viele wie möglich  
3 durchzusetzen. Zu regieren ist für uns aber kein Selbstzweck. Deshalb werden wir einem  
4 Koalitionsvertrag nur dann zustimmen, wenn er
- 5 • einen klaren, realistischen und verbindlichen Plan zur Einhaltung der Ziele des  
6 Pariser Weltklimaschutzabkommens enthält und die Energie- sowie Mobilitätswende  
7 beschleunigt
  - 8 • Nachhaltigkeit als ein Grundprinzip allen Regierungshandelns festschreibt, damit wir  
9 die Gesundheit von Menschen, Umwelt, Tieren und Ernährung auch für künftige  
10 Generationen sichern
  - 11 • die Rahmenbedingungen für eine ökologische Erneuerung unserer Wirtschaft setzt und  
12 damit die Schaffung vieler neuer zukunftssicherer Arbeitsplätze ermöglicht
  - 13 • durch Chancengleichheit für alle und eine fairere Verteilung unseres Wohlstands für  
14 mehr soziale Gerechtigkeit sorgt und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft stärkt
  - 15 • die Absicherung bei Arbeitslosigkeit, Erwerbsminderung, Krankheit, im Alter und bei  
16 Pflegebedürftigkeit armutsfest und menschenwürdig gestaltet, um den Menschen  
17 Abstiegsängste zu nehmen
  - 18 • eine humane Flüchtlingspolitik ohne Obergrenzen umsetzt, die Fluchtursachen bekämpft,  
19 Integration beschleunigt und Geflüchtete im Einklang mit der Genfer Konvention  
20 behandelt
  - 21 • eine generationengerechte Rente garantiert sowie ein modernes Einwanderungsgesetz  
22 einführt, damit wir verantwortungsvoll mit dem demografischen Wandel umgehen
  - 23 • unsere liberale Gesellschaft auf Basis des Grundgesetzes schützt und fortschreibt, mit  
24 konsequenter Gleichstellung von Frauen, gegenseitiger Akzeptanz, Vielfalt der  
25 Lebensformen und einer Ehe für alle
  - 26 • eine menschenrechtsorientierte Außenpolitik nicht nur als Krisen- sondern  
27 Präventionsmanagement definiert und daher Entwicklungshilfe ausbaut, fairen Handel  
28 fördert, die Vereinten Nationen stärkt, auf Deeskalation statt Militäreinsätze setzt  
29 und Rüstungsexporte reduziert
  - 30 • uns als verlässlichen Partner in Europa positioniert und Reformen anstößt, um die EU  
31 handlungsfähiger, transparenter und solidarischer zu gestalten, mit klaren und  
32 durchsetzbaren demokratischen Standards
  - 33 • Sicherheit als Querschnittsaufgabe definiert und gewährleistet, im Straßenverkehr  
34 ebenso wie vor Terror, sexueller Belästigung und Rassismus, bei Medikamenten ebenso  
35 wie vor Krieg, Krankenhauskeimen und belasteten Nahrungsmitteln

- 36 • unsere Sicherheit nicht gegen unsere Freiheit ausspielt, sondern Bürgerrechte wahrt  
37 und neue Gesetze nur einführt wenn sie angemessen, erfolgversprechend und  
38 verfassungsgemäß sind
- 39 • die Werte und Vorzüge der parlamentarischen Demokratie von Kindheit an stärker zu  
40 vermitteln hilft und für mehr Bürgerbeteiligung und ergänzende Elemente direkter  
41 Demokratie sorgt
- 42 • mutig und zukunftsorientiert ist!

43 Dafür bitten wir am 24. September um Ihre Unterstützung. Wie knapp es werden kann, haben wir  
44 beim BREXIT, der US-Präsidentschaftswahl und dem Referendum in der Türkei gesehen. Deshalb  
45 nutzen Sie Ihr demokratisches Recht zur Wahlteilnahme, um sich hinterher nicht ärgern zu  
46 müssen. Schenken Sie uns Ihre Stimme, damit wir Ihre Stimme sein können! Nur starke Grüne  
47 können sich für Sie stark machen!

## Begründung

### **Dieser Antrag wird unterstützt vom Kreisverband Fürth-Stadt.**

So viel Mühe wie wir uns für einen guten Einstieg in unser Wahlprogramm gegeben haben (was uns mit der Präambel auch gelungen ist), so wenig Sorgfalt haben wir offensichtlich beim Abschluss walten lassen. Derzeit endet das Programm mit einem Schlüsselprojekt zu Selbständigen im Unterkapitel „Digitalisierung“. Wir entlassen die Leser\*innen mit dem Satz „Die Künstlersozialkasse wollen wir erhalten und weiter stärken“ in Richtung Wahlurne. Kann es das wirklich sein? Nein!

Ein würdiger Abschluss für unser Wahlprogramm sollte folgende Kriterien erfüllen:

- er bittet wie jede vernünftige Bewerbungsrede mit einer expliziten Bitte um die Stimme der Wähler\*innen
- er fasst pointiert zusammen, was wir zuvor auf über 100 Seiten an Forderungen aufgelistet haben
- er macht deutlich was uns am Wichtigsten ist und wo wir rote Linien ziehen
- er ist nicht zu allgemein formuliert, aber auch nicht so konkret, dass er bei Verhandlungen unzumutbar einengt

Früher hieß das auch Essentials. Und die sind in einer Situation, wo wir keine klaren Koalitionsaussagen machen, um so wichtiger!

Da ein 100- oder 150-Seiten-Programm von den allerwenigsten Wähler\*innen gelesen wird, steht nach der BDK eh die Aufgabe an, daraus eine oder gar mehrere Kurzfassungen zu destillieren. Und wie das bei Zusammenfassungen so ist, kann am Ende dieses Prozesses Unzufriedenheit und Unfrieden entstehen, weil die Basis darauf dann keinerlei Einfluss mehr hatte. Demokratischer und transparenter wäre es deshalb, die BDK-Delegierten und damit die Partei in ihrer ganzen Breite - vom einfachen OV-Mitglied bis zur Spitzenkandidatin - an dieser Stelle gewichten und mitbestimmen zu lassen. Das läge auch im gemeinsamen Interesse einer einig auftretenden Partei im Wahlkampf! Denn da müssen wir zusammenhalten!

Die 14 hier aufgeführten Punkte sind nach bestem Wissen und Gewissen ausgewählt und enthalten m.E. nichts, was nicht bereits im Programmwurf steht. Natürlich kann sich das durch Beschlüsse der BDK ändern. Um diesem Antrag gerecht zu werden und ihn adäquat zu behandeln, wäre es sicher zielführend, mit Meinungsbildern zu arbeiten und noch Modifikationen am Ende der Programmdebatte zuzulassen.

Dieser Antrag hat den Anspruch die vier Parteigrundsätze abzubilden, auch in der Gewichtung: ökologisch, sozial, basisdemokratisch, gewaltfrei. Aber auch die aktuellen Debatten unserer Zeit aufzugreifen. Er ist konsequent positiv formuliert, also wofür wir sind und nicht wogegen.

Natürlich wird jedem und jeder Delegierten irgendein Punkt fehlen. Und welche das nicht sein dürfen, das möge die BDK entscheiden. Es sollte aber allen klar sein: Wenn wir den Antrag gar nicht beschließen, dann hat das Programm keinen vernünftigen Abschluss und dann geben wir als Delegierte das Heft aus der Hand, mit welchen Prioritäten wir diesen Wahlkampf führen!

## Unterstützer\*innen

Holger Lange (München-Land KV); Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV); Sebastian Zimmermann (Kurpfalz-Hardt KV); Patrick Zwiernik (Koblenz KV); Gerd Wittka (Gelsenkirchen KV); Liam Harrold (Hannover RV); Corinna Rüffer (Trier KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Justin Jacob (Dortmund KV); Benjamin Rauer (Minden-Lübbecke KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Johannes Wiegel (Trier KV); Frithjof Rittberger (Tübingen KV); Søren Brand (Bremen-Ost KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Stephan Buck (Alb-Donau KV); Markus Wagener (Köln KV); Arfst Wagner (Schleswig-Flensburg KV); Zsuzsanna Bona (Köln KV); Carsten Jansing (Rhein-Lahn KV); Manuela Braun (Rastatt/Baden-Baden KV); Kerstin Dehne (München KV); Jonas Graeber (Osnabrück-Stadt KV); Christian Hohn (Olpe KV); Manfred Hierdeis (Fürth-Stadt KV); Torsten Leveringhaus (Darmstadt-Dieburg KV); Valérie Vivienne Nitsche (Euskirchen KV); Stefanie Hansmeier-Maas (WuppertalKV); Flor Diez-Hurtado (Bielefeld KV); Mathias Raudies (Berlin-Marzahn/Hellersdorf KV); Alexander Bühner (Euskirchen KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Bernd Kraft (Main-Kinzig KV); Lydia Bauer-Hechler (Fürth-Stadt KV); Daniel Grix (Stuttgart KV); Deniz Ertin (Köln KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Gorden Isler (Hamburg-Eimsbüttel KV); Annette Muggenthaler (Karlsruhe KV); Till Hoffmann (Köln KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Hermann Stubbe (Steinfurt KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Ulrike Tadema (Duisburg KV); Ingrid Tews (Mülheim KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Peter Heilrath (München KV); Christian-Ulrich Sauter (Erlangen-Stadt KV); Luisa Schwab (Köln KV); Birgit Gerhard-Hentschel (Rastatt/Baden-Baden KV); Fabio Voss (Köln KV); Peter Ruther (Köln KV); Frédéric Zucco (Augsburg-Stadt KV); Roman Kittel (Nürnberg-Stadt KV); Klaus Kienle (Coesfeld KV); Sigrid Pomaska-Brand (Hagen KV); Georg Sieglen (Köln KV); Nabiha Ghanem (Soest KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Hans-Dieter Manger (Aschaffenburg-Land KV); Burkhard Kalle (Soest KV); Rudolf Ladwig (Hagen KV); Martin Kühn (Köln KV); Birgitt Höhn (Kleve KV); Jens Schabacher (Bremen-Mitte KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Patrick Michalski (Rhein-Sieg KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Felix Schmidt (Zweibrücken KV); Tobias Grupe (Köln KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Petra Schmidt-Niersmann (Wesel KV); Jörg Obereiner (Ennepe-Ruhr KV); Reinhard Loos (Erfurt KV); Christian Stunz (Köln KV); Dirk Jacobi (Berlin-Pankow KV); Bert Lahmann (Köln KV); Daniel Elfendahl (Potsdam-Mittelmark KV); André Moser (Düsseldorf KV); Andrea Asch (Köln KV); Ingo Wolff (Viersen KV); Florian Weber-Baronowsky (Köln KV); Max Hieber (Augsburg-Stadt KV); Maximilian Ruta (Köln KV); Tobias Politt (Köln KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Svenja Borgschulte (Berlin-Pankow KV); Robin Luge (Harz KV); Stefan Thome (Kaiserslautern KV); Ulrich Schnirch (Bottrop KV); Stephan Eßer (Vorpommern-Rügen KV); Daniel Brandes (Hannover RV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Silvia Nadine Halusiak (Mettmann KV); Claus-Jürgen Dietrich (Anhalt-Bitterfeld KV); Thomas Wolff (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV); Moritz Darge (Mülheim KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Niklas Graf (Wesel KV); Elke Schaffner-Werner (Düren KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Roland Schwarz (Köln KV); Christiane Howe (Berlin-Kreisfrei KV); Karsten Finke (BochumKV); Elke Olbrich-Tripp (Mark KV); Maximilian Krupp (Köln KV); Frank Hauser (Köln KV); Ingo Volp (Mainz KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Sylvia Olbrich (Mark KV); Horst Schmidt (Main-Kinzig KV); Christian Knapp (Bodenseekreis KV); Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Antje Westhues (Bochum KV); Andreas Falkowski (Rhein-Sieg KV); Sonja Karas (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Ralph Pies (Offenbach-Land KV); Yves Reich (Köln

KV); Andreas Katz (Ludwigslust-Parchim KV); Mario Michalak (Köln KV); Regina Klünder (Kiel KV); Ingrid Bäumlner (Mayen-Koblenz KV); Diethelm Schneider (Bonn KV); Christina Fichtner (Regensburg-Stadt KV); Nadin Bisewski (Celle KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Karin Fetzner (Wesel KV); Rainer Hager (Neunkirchen/Saar KV); Thomas Schremmer (Hannover RV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Hans-Werner Ignatowitz (Euskirchen KV); Jan Sieckmann (Köln KV); Dominik Wellhäuser (Köln KV); Wilfried Weisbrod (Kurpfalz-Hardt KV); Thomas Hovestadt (Köln KV); Dorothée Sührig (Garmisch-Partenkirchen KV); Stefan Wolters (Köln KV); Marc Benjamin Benirschke (Hamburg-Harburg KV); Sebastian Schubert (Euskirchen KV); Christiane Schmidt (Köln KV); Cornelia Schröder (Köln KV); Carlos Echegoyen (Bonn KV); Dennis Pirdzuns (Wuppertal KV)



## **S-03** Wofür wir Verantwortung übernehmen wollen

Antragsteller\*in: Karl-W. Koch (KV Vulkaneifel)

Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

### **1 Grüne Regierungsbeteiligung NUR bei erkennbar "Grüner Handschrift" im Koalitionsvertrag: Zehn-Punkte-Plan für grünes Regieren**

Wir leben in Zeiten großer Änderungen und Verwerfungen – auch und gerade in der weltweiten Politik. Bedroht ist vor allem die Fortentwicklung eines gemeinsamen Europas, welche uns immerhin die längste Friedenszeit der letzten Jahrhunderte gebracht hat. Aber wir treten für die Zukunft des vereinten Europas ein und wollen diese mit entwickeln und mit gestalten.

Die Große Koalition produziert Armut, wir wollen sie beenden. Der einfachste Weg der Umsetzung ist eine Regierungsbeteiligung, die wir anstreben – allerdings nicht um jeden Preis. Unsere Ziele müssen in einer möglichen Koalition in einer deutlich erkennbaren Größenordnung umsetzbar sein. Eine Regierungsbeteiligung um der Regierungsbeteiligung willen – ohne unsere eigenen Ziele mehrheitlich umsetzen zu können – wird es mit uns nicht geben! Werden uns in einer Regierungsbeteiligung zu viele Zugeständnisse abverlangt, werden unsere Stimmen nicht zu haben sein. Dann bleibt uns die Opposition, in der wir ebenfalls für unsere Vorstellungen kämpfen werden. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass auch auf diesem Weg manches erreichbar ist.

Die nachfolgend aufgeführten Punkte haben dabei für uns Priorität, sie stellen aber nur einen Auszug aus dem Programm dar.

#### **1. Klima schützen, Menschen retten, Lebensraum erhalten**

Das Klima zu schützen, ist – gerade NACH dem Ausstieg der USA – eine Menschheitsaufgabe. Alle aktuellen Erkenntnisse zeigen, dass der Klimawandel bereits in den nächsten Jahrzehnten für Millionen von Menschen die Lebensgrundlage vernichten wird.

Wir wollen, dass Deutschland seine Klimaschutzziele einhält – ohne Wenn und Aber. Spätestens im Jahr 2040 wollen wir nur noch saubere Energie in Deutschland haben. Wir beschleunigen die Energiewende, schaffen die Deckelung für den Ausbau der Erneuerbaren Energien ab, achten dabei auf einen fairen Übergang und nehmen die Menschen, deren Arbeitsplätze betroffen sein werden, mit. Wir führen einen wirksamen nationalen Mindestpreis für CO<sub>2</sub> und andere klimaschädliche Gase ein. Die 20 schmutzigsten Kohlekraftwerke schalten wir sofort ab, damit Deutschland das Klimaschutzziel 2020 noch erreichen kann. Bis 2025 wollen wir ganz aus der klimafeindlichen Kohlekraft aussteigen.

#### **2. Frieden sichern, Fluchtursachen bekämpfen**

Deutschland ist international ein verlässlicher Bündnispartner. Wir werden jedoch keiner Regierungsvereinbarung zustimmen, die – wie jetzt erneut von Trump gefordert - den Verteidigungsetat auf 2% der Wirtschaftsleistung (oder auch nur in dieser Größenordnung) und damit um 30 Milliarden Euro erhöht. Dieses Geld ist in der Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunftsländern, für Klimaschutz, Schaffung von Arbeitsplätzen, Stärkung der Landwirtschaft, friedensfördernde Maßnahmen, Bekämpfung von Krankheiten und Kindersterblichkeit und vieles mehr um Zehnerpotenzen wirkungsvoller angelegt.

38 Auch tragen wir seit langen Jahrzehnten mit Rüstungsexporten an Diktaturen und  
39 Krisenregionen zur Unsicherheit in der Welt bei. Deshalb beenden wir solche Exporte mit  
40 einem verbindlichen Rüstungsexportgesetz. Wir wollen nicht auf Kosten der Menschen in  
41 anderen Ländern Profite machen und Konflikte dort anheizen.

42 Wir stärken mit fairen Handelsabkommen ökologische und soziale Standards weltweit. Wir  
43 wollen die Überfischung vor den Küsten Afrikas und andernorts beenden, unter Schutz der  
44 kleinen Familienbetriebe. Wir werden solche Agrarsubventionen streichen, die andernorts  
45 Landflucht und Hunger befördern. Der Kampf gegen die Klimaerhitzung ist auch ein Kampf gegen  
46 Fluchtursachen. Die beste Flüchtlingspolitik ist diejenige, die Menschen davor bewahrt, ihre  
47 Heimat verlassen zu müssen.

### 48 **3. Europa zusammenführen**

49 Wir müssen das vereinte Europa stärken. Mit uns wird es eine klare Kurskorrektur in der  
50 deutschen Europapolitik geben, weg von der einseitigen Sparpolitik, hin zu mehr Solidarität  
51 mit den Menschen in den finanziell schwachen Ländern. Wir werden massiv in die ökologische  
52 Modernisierung und in die digitale Zukunft investieren und damit auch zur Bekämpfung der  
53 Arbeitslosigkeit in anderen Ländern beitragen. Zudem müssen wir dringend die Transparenz der  
54 europäischen Politik und der daraus entstehenden Entscheidungen für Bürgerinnen und Bürger  
55 schaffen und den Parlamenten mehr Mitsprachemöglichkeiten in der Europapolitik sichern, um  
56 der Enttäuschung weiter Teile der Bevölkerung in Europa entgegen zu wirken. Wir fordern  
57 Investitionen in die soziale und ökologische Infrastruktur, z. B. zum Abbau der dramatischen  
58 Jugendarbeitslosigkeit. Überlebenswichtig für Europa ist die Zusammenarbeit mit Frankreich,  
59 weshalb wir die Reformvorschläge für Europa von Emanuel Macron konstruktiv aufgreifen  
60 werden.

### 61 **4. Soziale Sicherheit schaffen, Ungleichheit abbauen**

62 Wir wollen die soziale Ungleichheit in Deutschland verringern. Die Menschen bekommen immer  
63 weniger Unterstützung vom Staat. Viele soziale Leistungen sind gekürzt worden. Das Geld zum  
64 Leben wird weniger. Das gleiche gilt für die Rente. In vielen Städten werden die Mieten für  
65 Wohnungen immer teurer. Gleichzeitig werden die Reichen immer reicher: Zeit für  
66 Steuergerechtigkeit. Dabei müssen geringe Einkommen und die breite (Facharbeiter-)  
67 Mittelschicht auf der „Haben“-Seite bleiben, d.h. entlastet werden. Der Progressionsbauch  
68 (schleichende Steuererhöhung) der letzten Jahrzehnte wird auf ein vernünftiges Maß  
69 zurückgestutzt. Zur Finanzierung werden z.B. große Vermögen, große Erbschaften und sehr hohe  
70 Einkommen angemessen besteuert. Dass etliche große, reiche Firmen mit internationalen  
71 Verflechtungen wenig oder gar keine Steuern zahlen, werden wir ebenfalls angehen. Mit uns  
72 werden die Menschen, die darauf angewiesen sind, besser sozial abgesichert. Wir schaffen  
73 bezahlbaren Wohnraum und stärken die Rechte derer, die sich bisher kaum gegen ihre Armut  
74 wehren können, vor allem wenn diese nicht selbstverschuldet ist. Die Hartz-IV-Sanktionen  
75 werden wir zu den Akten legen, sie sind uneffektiv und bevormunden erwachsene Menschen in  
76 unerträglichem Maß.

77 Insgesamt wollen wir die Absicherung bei Arbeitslosigkeit, Erwerbsminderung, im Alter sowie  
78 bei Krankheit oder Pflegebedürftigkeit armutsfest und menschenwürdig gestalten, um den  
79 Menschen Abstiegsängste zu nehmen und das Sozialsystem zu einem gerechten und motivierenden  
80 Teilhabesystem zu entwickeln.

81 Um das zu erreichen, bauen wir die sozialen Sicherungssysteme schrittweise zu einer  
82 solidarischen Bürgerversicherung für alle um und stabilisieren das Rentenniveau. Wir beenden  
83 die Zwei-Klassen-Medizin und beteiligen Arbeitgeber wieder paritätisch an den Kosten der  
84 Krankenversicherung. Und wir verbessern die soziale Absicherung von Selbstständigen. Wir  
85 gewährleisten das Recht auf Rückkehr in Vollzeit. Gleichwertige Arbeit muss endlich gleich

86 bezahlt werden. Dass vor allem Frauen im Alter arm sind, akzeptieren wir ebenso wenig wie  
87 die unsichtbare Aufstiegsbarriere für qualifizierte Frauen. Quoten bleiben das wirksamste  
88 Mittel, ob im DAX-Vorstand oder an den Spitzen von Verwaltungen.

## 89 **5. Atomausstieg vollenden, Atomwaffen weltweit abrüsten**

90 Auch wenn in Deutschland 2022 alle AKWs abgeschaltet werden, bleibt bis zum Atomausstieg  
91 auch hier viel zu tun. Die beiden Typ-Fukushima-Reaktoren in Gundremmingen müssen vorzeitig  
92 vom Netz, die Terrorgefahr muss für alle Atomanlagen ernst genommen und in wirkungsvolle  
93 Sicherheitsmaßnahmen umgesetzt werden. Die Produktion des Rohstoffs für Dutzende anderer  
94 Länder, die damit im „Worst Case“ auch Zugang zu Atomwaffen haben, in Lingen und Gronau  
95 werden wir schnellstmöglich beenden.

96 Wir werden dafür eintreten, dass vollkommene atomare Abrüstung Wirklichkeit wird. Eine  
97 Bundesregierung mit grüner Beteiligung wird sich für den UN-Resolutionsentwurf zum Verbot  
98 von Atomwaffen einsetzen. Die letzten Atomwaffen in Büchel werden wir umgehend abgeben und  
99 damit auch die völkerrechtswidrige „Nukleare Teilhabe“ beenden. Den aufkeimenden  
100 Diskussionen um eine europäische Atommacht erteilen wir kompromisslos eine vollständige  
101 Absage.

## 102 **6. Integration zum Erfolg führen**

103 Wir stehen für eine humane Flüchtlingspolitik ein, gemeinsam mit den europäischen Partnern.  
104 Mit uns gibt weder eine Grundgesetzänderung für eine Obergrenze beim Asylrecht noch  
105 Asylrechtsverschärfungen und Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete. Wir lehnen das  
106 Konzept der sog. sicheren Herkunftsstaaten ab, weil für uns das Schicksal des einzelnen  
107 Menschen im Mittelpunkt steht. Anerkannte Flüchtlinge dürfen ihre Familien nachholen, denn  
108 auch das hilft ihnen, sich zu integrieren.

109 Deutschland ist heute schon faktisch eine Einwanderungsgesellschaft. Das ist auch nötig, um  
110 unser Sozialsystem dauerhaft zu stabilisieren und wirtschaftlich nicht abgehängt zu werden.  
111 Dabei ist selbstverständlich, dass Flüchtlinge und Einwander\*innen, unsere neuen  
112 Mitbürger\*innen, unsere Werte anerkennen und respektieren. Wir reformieren das  
113 Staatsbürgerschaftsrecht: Wer in Deutschland geboren wird, ist deutscher Staatsbürger. Wir  
114 stehen uneingeschränkt zum Doppelpass.

## 115 **7. Familien stärken, Liebende heiraten lassen**

116 Wir wollen faire Chancen für alle. Wir investieren zusätzlich in gute Bildung, in bessere  
117 Kita-Qualität und schaffen intakte und gut ausgestattete Schulen. Wir beseitigen die  
118 Kinderarmut, verbessern die Familienförderung und machen sie mit 12 Milliarden Euro  
119 zusätzlich durch das Familienbudget gerechter. Insbesondere Frauen machen wir es so  
120 einfacher, Familie und Beruf besser zu vereinbaren.

121 Wir wollen die Ehe-für-alle auch in Deutschland ermöglichen. Wenn zwei Menschen sich lieben  
122 und füreinander Verantwortung übernehmen wollen, darf es rechtlich nicht behindert werden.  
123 Das sehen in Deutschland die meisten Menschen so: Sie wollen, dass Schwule und Lesben  
124 heiraten dürfen. In 22 Ländern weltweit, davon 13 in Europa, können sich Schwule und Lesben  
125 das Ja-Wort geben. Das Eheverbot für Schwule und Lesben passt nicht zu unserem modernen Land  
126 Deutschland.

## 127 **8. Mobilität neu definieren – ÖPNV stärken, E-Mobilität zum Durchbruch verhelfen**

128 Der Verkehr ist – nicht nur bezogen auf Klimaabgase – eines der größten Zukunftsprobleme.  
129 Auch dieses Problem muss schnell und aktiv gelöst werden: Viele Fahrten lassen sich  
130 vermeiden, andere auf öffentliche nutzerfreundliche Verkehrsmittel und Massentransporte wie  
131 Güterzüge umlenken. Autos – wo noch nötig – lassen sich gemeinsam und mehrfach nutzen

132 (Fahrgemeinschaften, Carpools, Car-Sharing etc.). Wo der Verkehr noch bleibt, ist er in  
133 Zukunft erneuerbar, effizient und digital. Die Entwicklung des „sauberen Autos“ hat  
134 Deutschland verschlafen, hier haben wir einen großen Nachholbedarf, auch gerade in Richtung  
135 universell nutzbarer Lademöglichkeiten und Bezahlssysteme für Elektroautos. Wir setzen den  
136 parteiübergreifenden Bundesratsbeschluss vom September 2016 um, ab 2030 nur noch  
137 emissionsfreie Autos neu zuzulassen. Bis dahin integrieren wir für Neuwagen ein CO2-  
138 abhängiges Bonus-Malus-System in die KFZ-Steuer mit jährlichem Anstieg für die  
139 umweltschädlichen Fahrzeuge. Wir beenden die Subventionen wie das Dienstwagenprivileg. Die  
140 Einführung der pauschal jeden treffenden PKW-Maut lehnen wir ab. Bei der Benzinststeuer kippen  
141 wir den nicht mehr zeitgemäßen Bonus für Diesel. Der Mehrertrag wird in die Subventionierung  
142 von Strom an Ladestationen investiert. Damit wird die Klima- und Atemluftbelastung gerechter  
143 nach gefahrenen Kilometern bezahlt und nicht pauschal.

## 144 **9. Gefahren vorbeugen, Sicherheit stärken, Freiheit bewahren**

145 Wer frei leben will, muss sich sicher fühlen können. Terrorismus, auch mit islamistischem  
146 Hintergrund, ist eine der wesentlichen Bedrohungen unserer Zeit. Rechtsextreme Gewalt konnte  
147 sich in unserem Land viel zu lange ohne effektive Gegenwehr ausbreiten, auch weil sie zu oft  
148 von einer schweigenden Mehrheit geduldet und verharmlost wurde. Frauen können sich in der  
149 Öffentlichkeit nicht überall und immer sicher fühlen. Geflüchtete, Homo- und Transsexuelle,  
150 sogar Obdachlose werden bedroht oder angegriffen. Wir stehen für eine effektive  
151 Sicherheitspolitik, die Bedrohungen ernst nimmt, aber mit Augenmaß und unter Wahrung der  
152 Bürgerrechte reagiert. Wir sorgen dafür, dass die Polizei zur Erfüllung ihrer wachsenden  
153 Aufgaben gut ausgestattet ist, um effektiv schützen zu können. Wir stärken die  
154 grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden. Aber wir setzen uns auch  
155 weiterhin verstärkt ein gegen Überwachungen mit pauschalen Verdächtigungen und massenhaftem  
156 Ausspähen aller Bürger\*innen. Gezielte Einsätze von Videokameras im vielfrequenzierten  
157 öffentlichem Raum mögen sinnvoll und unterstützenswert sein, aber das grundlose Schleifen  
158 der Datenschutzrechte lehnen wir ab. Wir stärken das Prinzip der Prävention als integraler  
159 Bestandteil der inneren Sicherheit. Dazu gehört auch, das Waffenrecht zu verschärfen. Ebenso  
160 werden wir unser Augenmerk verstärkt auf die organisierte Kriminalität wie beim Schmuggel,  
161 beim Menschenhandel und bei dem Betrug mit gefälschten Medikamenten richten.

## 162 **10. Landwirtschaft nachhaltig machen - den Naturschutz stärken**

163 Immer mehr Menschen wünschen sich eine Landwirtschaft, die unser Grundwasser und unsere  
164 Böden schützt, die den Reichtum unserer Tier- und Pflanzenwelt erhält, anstatt Bienen- und  
165 Vogelsterben zu verursachen. Mit uns wird Deutschland auf eine nachhaltige Landwirtschaft  
166 umsteigen – ohne Ackergifte, Gentechnik und Hormon-Massenverabreichung. Die Verbreitung der  
167 tödlichen Krankenhauskeime hat auch hier eine ihrer Ursachen. Wir wollen alle Subventionen  
168 und Ausnahmen für die Massentierhaltung streichen. Stattdessen setzen wir uns ein für ein  
169 neues Tierschutzrecht, um die industrielle Massentierhaltung über die nächsten zwanzig Jahre  
170 durch artgerechte Tierhaltung zu ersetzen. Wir helfen mit europäischen Steuermilliarden den  
171 Bäuerinnen und Bauern, die Umweltschutz, Tierwohl und Nachhaltigkeit zu ihrer Maxime beim  
172 Wirtschaften machen.

## 173 **Unser verbindliches Angebot**

174 Diese Vorhaben beschreiben nicht alle unsere Anliegen – aber unsere wichtigsten. Ihre  
175 Durchsetzbarkeit ist der Maßstab für eine mögliche Regierungsbeteiligung. Damit wissen Sie,  
176 liebe Bürgerinnen und Bürger, was unsere gemeinsame Aufgabe sein wird, die auch Sie  
177 mitgestalten können – und was nicht – wenn Sie die Grünen wählen.

178 Es ist unerlässlich, den Stillstand und die Unentschlossenheit der sichtlich von  
179 Partikularinteressen gesteuerten Großen Koalition abzulösen. Deshalb sind wir bereit, nach

180 der Wahl mit allen Parteien außer der AfD zu prüfen, ob wir die wesentlichen Kernpunkte  
181 unserer Vorhaben umsetzen können. Mitregieren können und werden wir, wenn das Wahlergebnis  
182 es ermöglicht, wenn die Richtung stimmt und wir unsere Kernvorhaben umsetzen können. Das  
183 entspricht unserem Verständnis von Demokratie und Verantwortung. Je stärker die Grünen im  
184 nächsten Deutschen Bundestag und in einer Bundesregierung sind, umso mehr Gewicht werden wir  
185 haben, um diese Ziele durchzusetzen. Wenn die Gemeinsamkeiten nicht reichen, dann geht es  
186 nicht. Sollte es erfolgreiche Koalitionsverhandlungen geben, werden wir das Ergebnis unseren  
187 Mitgliedern in einer ergebnisoffenen Urabstimmung zur Prüfung vorlegen. Falls eine  
188 erkennbare Mehrheit unserer Ziele erreicht und uns keiner unserer feststehenden Grundsätze  
189 verweigert wird, werden die Grünen einer Regierungsbeteiligung zustimmen.

190 Was wir anstreben, ist eine zeitgemäße, ökologische, eine vielfältige und gerechte  
191 lebenswerte, dem Frieden und den Menschenrechten verpflichtete Gesellschaft.

192 Die Bundesversammlung (BDK), das oberstes Organ von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

## Begründung

### ***Begründung der Dringlichkeit:***

Ergibt sich aus der Einreichung und Anerkennung der Dringlichkeit des S-01

### **Begründung:**

Der 10-Punkte-Plan macht Sinn, wenn die wichtigsten programmatischen Forderungen der grünen Beschlusslage dargelegt werden. Die bisher formulierten 10 Punkte sind ein Minimalkonsens und anschlussfähig nach allen Seiten, enthalten jedoch nicht den Kern der grünen Beschlusslage. Wenn die BDK die 10 wichtigsten Punkte verabschieden und eine Öffentlichkeitswirkung davon ausgehen soll, müssen diese klare Kante und Botschaften für den Wahlkampf enthalten.

Das Grundprinzip unserer Partei lautet: „die Basis ist Boss“ und diese entscheidet auf der BDK. Auch um für eine gute Klimapolitik zu kämpfen und das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Abkommens einzuhalten, brauchen wir klare Beschlüsse. Bei der Verkehrspolitik wird nicht mehr einseitig auf den Individualverkehr und E-Autos gesetzt, stattdessen nehmen wir die Verkehrswende in den Blick. Der Atomausstieg ist ein Grünes Ur-Thema, sein Fehlen wird – gerade in der aktuellen Entwicklung – von den Wähler\*innen nicht verstanden und noch weniger akzeptiert werden.

## Unterstützer\*innen

Barbara Hanning (Hagen KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Kerstin Dehne (München KV); Patrick Voyé (Marburg-Biedenkopf KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Thomas Wolff (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Matthias Grünberg (Würzburg-Stadt KV); Thorsten Duhn (Oldenburg-Stadt KV); Barbara Romanowski (Oberberg KV); Lorenz Paul Burghardt (Kiel KV); Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV); Reinhard Prüllage (Grafschaft Bentheim KV); Robin Luge (Harz KV); Sylvia Olbrich (Mark KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Wolfgang Ehle (Kassel-Land KV); Matthias Restorff (Schwarzwald-Baar KV); Karl-Josef Aicher (Bodenseekreis KV); Burkhard Kalle (Soest KV); Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Roman Kittel (Nürnberg-Stadt KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Regina Klünder (Kiel KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Carlos Echegoyen (Bonn KV); Sigrid Pomaska-Brand (Hagen KV); Michah Weissinger (Gelsenkirchen KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Ralph Pies (Offenbach-Land KV); Andreas Diebold (Heidelberg KV); Sebastian Krieg (Wartburgkreis/Stadt Eisenach RV); Reinhard Loos (Erfurt KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Andreas Müller (Essen KV); Denis

Wermuth (Neckar-Bergstraße KV); Ralf Gros (Lüneburg KV); Herbert Bohr (Wiesbaden KV); Christof Martin (Rendsburg-Eckernförde KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Joachim Behncke (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Nabiha Ghanem (Soest KV); Claus-Jürgen Dietrich (Anhalt-Bitterfeld KV); Jürgen Radtke (München-Land KV); Stephanie Otto (Bad Kreuznach KV); Ingrid Bäumlner (Mayen-Koblenz KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Manuela Braun (Rastatt/Baden-Baden KV); Claudia Laux (Bernkastel-Wittlich KV)

**UK-KS-01-016-2** Aktualisierung in UK-KS-01 WIR MACHEN DEUTSCHLAND ZUM VORREITER  
BEIM KLIMASCHUTZ

Antragsteller\*in: Georg Kössler (Berlin-Neukölln KV)  
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

1 Ersetze im Antrag UK-KS-01 in Zeile 16:

2 *„Während Trump das Klimaabkommen in Frage stellt, wollen wir Deutschland und Europa wieder*  
3 *zum globalen Vorreiter in Sachen Klimaschutz machen.“*

4 Durch:

5 Während Trump aus dem Klimaabkommen aussteigt, wollen wir Deutschland und die EU erst recht  
6 wieder zum globalen Vorreiter in Sachen Klimaschutz machen. Denn die Klimakrise wartet  
7 nicht, bis es sich die US-Regierung vielleicht irgendwann wieder anders überlegt. Dafür  
8 wollen wir noch stärker mit ambitionierten Staaten und auch US-Bundesstaaten wie Kalifornien  
9 zusammenarbeiten. Wenn die USA sich aus der finanziellen Unterstützung der am meisten vom  
10 Klimawandel betroffenen armen Staaten zurückziehen, dann muss die EU dafür sorgen, dass  
11 diese Lücke geschlossen wird. In der Handelspolitik müssen CO<sub>2</sub>-Minderungsziele eine  
12 Voraussetzung für neue Abkommen sein.

## Begründung

BEGRÜNDUNG DER DRINGLICHKEIT: Trump ist erst nach Antragsschluss aus dem Pariser Klimaabkommen ausgetreten. Dazu müssen wir als Grüne uns verhalten.

## Unterstützer\*innen

Frederik Landshöft (Krefeld KV); Anna Cavazzini (Berlin-Kreisfrei KV); Jutta Paulus (Neustadt-Weinstraße KV); Thomas Künstler (Berlin-Mitte KV); Hermann E. Ott (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Sibylle Steffan (Berlin-Neukölln KV); Jürgen Trittin (Göttingen KV); Kai Wehnmann (Oldenburg-Stadt KV); Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV); Eva Molau (Berlin-Lichtenberg KV); Oliver Timm (Berlin-Neukölln KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Patrick Luzina (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Rhea Niggemann (Berlin-Kreisfrei KV); Patrick Roedern (Berlin-Neukölln KV); Anne Schierenbeck (Bremen-Nordost KV); Stefan Taschner (Berlin-Kreisfrei KV); Lisa Badum (Forchheim KV); Werner Weindorf (München-Stadt KV); Molina Gosch (Berlin-Mitte KV)

## **WB-EW-01-050-2** Ergänze in WB-EW-01 nach Z. 50:

Gremium: KV Duisburg  
Beschlussdatum: 13.06.2017  
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

- 1 Wir werden für langzeitgeduldete Menschen endlich eine sichere Perspektive schaffen. Dafür
- 2 brauchen wir Bleiberechtsregelungen, die langjährig in Deutschland lebende, beispielsweise
- 3 geduldeten Menschen eine unbefristete Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis ohne Einschränkungen
- 4 ermöglichen und Schluss machen mit dem Phänomen der Kettenduldung.

### **Begründung**

#### **Begründung:**

Ein Grosteil der über 100.000 langjährig geduldeten Flüchtlinge lebt bereits länger als acht Jahre in Deutschland. Darunter mindestens 30.000 Kinder und Jugendliche.

Am 29. Mai 2017 wurden die 14-jährige Bivsi Rana und ihre Familie nach Nepal abgeschoben – in ein Land, das die in Deutschland geborene Bivsi noch nie gesehen hat und dessen Sprache sie kaum spricht. Die Abschiebung hat zurecht bundesweit große Empörung ausgelöst. Es ist schwer zu verstehen, warum eine Schülerin mitten aus ihrem Leben gerissen wird, nur weil sie die vermeintlich falschen Papiere hat. Die Familie ist “perfekt integriert”, hat hier seit fast 20 Jahren gelebt und gearbeitet. Diese Abschiebung ist nicht nur eine humanitäre Katastrophe, sondern auch das völlig falsche Signal in einem Land, das auf Einwanderung angewiesen ist! Bivsi Rana, Gymnasialschulerin aus Duisburg, ist ein stellvertretendes Beispiel von vielen. Geboren und aufgewachsen in Deutschland, spricht sie Deutsch als Muttersprache und hat keinerlei Bezug zu ihrer vermeintlichen Heimat Nepal, dem Herkunftsland ihrer Eltern.

Dieser und ähnliche Fälle sind symptomatisch dafür, dass die Große Koalition und hier insbesondere die SPD gescheitert ist, einem Grosteil der Langzeitgeduldeten einen dauerhaften Aufenthaltsstatus einzuraumern. Wir brauchen endlich Bleiberechtsregelungen, die langjährig in Deutschland geduldeten Menschen eine Aufenthaltsperspektive bieten, Schluss machen mit dem Phänomen der Kettenduldung und einen Beitrag zur Integration in Arbeitsmarkt und Gesellschaft leisten. Damit wollen wir zum einen Abschiebungen wie jene der Familie Rana verhindern und zum anderen neue Perspektiven für Langzeitgeduldete schaffen.

Denn viele Arbeitgeber\*innen scheuen sich vor Einstellungen von Geduldeten ohne sicheren Aufenthaltstitel, so dass ganz allgemein die Existenzsicherung deutlich erschwert ist. Dieser “Teufelskreis” muss endlich durchbrochen werden!

#### *Begründung der Dringlichkeit:*

Die Abschiebung von Familie Rana fand nach der nderungsantragsfrist statt. Die Reaktionen der Bevölkerung in Duisburg und darüber hinaus zeigen, dass die aktuelle Abschiebepaxis, “gut integrierte” Familien abzuschieben, auf breites Unverständnis stößt. Grund genug, dass auch wir laut und deutlich dafür streiten, die aktuellen Bleiberechtsregelungen zu reformieren und uns klar Forderungen nach verschärften Abschiebungen entgegenstellen. Da der bisherige Programmentwurf sich zu diesen Fragen nicht klar äußert, eine Positionierung der Partei aber unablässig erscheint, ist die Behandlung geboten.



## **WB-EZ-01-031-3** Wahlen in Frankreich

Antragsteller\*in: Frithjof Schmidt (Bochum KV)

Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

- 1 Wir beantragen die Einfügung des folgenden Abschnitts im Antrag WB-EZ-01 nach Zeile 30:
- 2 Mit seiner Botschaft von Zuversicht und Hoffnung und seinem klaren Ja zu Europa ist es
- 3 Emmanuel Macron gelungen, die nationalistische, fremdenfeindliche und anti-europäische
- 4 Politik von Marine LePen zu verhindern. Es ist ein gutes Zeichen, dass sich so viele
- 5 Französinen und Franzosen für Europa und für eine offene Gesellschaft entschieden haben. Es
- 6 kommt nun auf eine gute Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen Frankreich und Deutschland an,
- 7 für ein starkes sozial-ökologisches Europa zu kämpfen. Macron fordert zurecht ein Ende der
- 8 Austeritätspolitik und eine große europäische Investitionsoffensive. Deutschland muss hier
- 9 den bisherigen Kurs von Merkel, Schäuble und Gabriel endlich ändern und Macrons Initiative
- 10 unterstützen.

### **Begründung**

Eilbedürftigkeit: Das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen in Frankreich stand erst nach Frist für Änderungsanträge fest.

### **Unterstützer\*innen**

Franziska Brantner (Heidelberg KV); Neda Noraie-Kia (Düsseldorf KV); Doris Wagner (München KV); Jan Seifert (Berlin-Mitte KV); Wolfgang Strengmann-Kuhn (Offenbach-Stadt KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Sven Giegold (Düsseldorf KV); Christian Beck (Berlin-Mitte KV); Ska Keller (Spree-Neiße KV); Alexander Diek (Bochum KV); Wolfgang Rettich (Bochum KV); Antje Westhues (Bochum KV); Nik Riesmeier (Lippe KV); Martin Petermann (Bochum KV); Christian Hohn (Olpe KV); Ute Koczy (Lippe KV); Johannes Dorn (Münster KV); Sylvia Kotting-Uhl (Karlsruhe KV); Ulle Schauws (Krefeld KV); Irene Mihalic (Gelsenkirchen KV)

**WB-EZ-01-034-4** Einfügung des folgenden Abschnitts im Antrag WB-EZ-01 nach Zeile 34

Antragsteller\*in: Jan Philipp Albrecht (Wolfenbüttel KV)

Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

1 Mit dem neuen französischen Präsidenten gibt es die große Chance, neue Bewegung in die  
2 europäische Politik zu bringen. Diese müssen wir nutzen, denn es geht um nichts weniger als  
3 um die Zukunft Europas. Der französische Präsident fordert zu Recht mehr europäische  
4 Investitionen und eine bessere Koordination der Wirtschafts- und Währungspolitik in der  
5 Europäischen Union. Eine Regierung mit grüner Beteiligung wird diesen Impuls aufgreifen und  
6 gemeinsam mit Macron umsetzen, statt wie die bisherige Bundesregierung alle Ideen für  
7 europäische wirtschaftspolitische Initiativen abzublocken oder auf die lange Bank zu  
8 schieben. Dabei ist für uns zentral, dass der deutsch-französische Motor die gesamte EU im  
9 Blick behält und weder die kleineren noch osteuropäischen EU-Partner vor den Kopf stößt.  
10 Eine verstärkte Zusammenarbeit – auch zwischen den Ländern der Eurogruppe – muss so  
11 gestaltet sein, dass sie den anderen EU-Mitgliedstaaten jederzeit erlaubt, die  
12 entsprechenden Integrationsschritte mitzugehen. Ein Vorgehen bestimmter Mitgliedstaaten  
13 muss zudem immer im Rahmen des Gemeinschaftsrechts und damit unter voller Beteiligung des  
14 Europäischen Parlaments stattfinden.

15 Wir setzen uns dafür ein, im EU-Haushalt einen Zukunftsfonds einzurichten, der mittels  
16 öffentlicher Investitionen die öko-soziale Modernisierung der europäischen Wirtschaft  
17 vorantreibt und darüber hinaus Mitgliedstaaten in Notsituationen unterstützt sowie  
18 Wirtschaftskrisen bekämpft. Am Zukunftsfonds sollen sich alle EU-Staaten beteiligen dürfen,  
19 die im Gegenzug stärkere Maßnahmen gegen aggressive Steuervermeidung und Steuerhinterziehung  
20 ergreifen. Eine Maßnahme für diese Finanzierung ist für uns ein europäischer Mindestsatz bei  
21 der Unternehmensbesteuerung. Der EU-Investitionsfonds (EFSI) soll aufgestockt werden, auch  
22 Deutschland soll endlich einzahlen. Auch einen Risiko-Kapitalfonds für innovative  
23 europäische Start-ups halten wir für richtig. Außerdem muss sich die nächste Bundesregierung  
24 bereit erklären, mehr in den EU-Haushalt einzuzahlen. Kein anderes Land profitiert vom  
25 Binnenmarkt und vom Euro so sehr wie Deutschland. Es wird Zeit, davon etwas zurückzugeben.  
26 Außerdem wollen wir die demokratische Kontrolle der Euro-Politik durch das Europäische  
27 Parlament stärken. Dafür sollte ein Euro-Ausschuss im Europäischen Parlament eingerichtet  
28 werden, der starke Informationsrechte erhält und EU-Kommission und Eurogruppe stärker als  
29 bisher kontrolliert. Wichtige Entscheidungen soll dieser Ausschuss mit Abgeordneten der  
30 nationalen Parlamente diskutieren. Um die Rückbindung der Euro-Gruppe zum Europäischen  
31 Parlament zu stärken, schlagen wir vor, den EU-Kommissar für Wirtschaft und Währung als  
32 nächsten Präsidenten der Eurogruppe zu wählen.

## Begründung

### Begründung der Dringlichkeit:

Emmanuel Macron wurde erst nach der Frist für Änderungsanträge zum französischen Präsidenten gewählt. Deshalb braucht das Wahlprogramm eine Aktualisierung. Zudem wird es in der Diskussion nun um die entscheidende Frage gehen, wie der deutsch-französische Motor die europäische Zukunftagenda gestalten wird.

## Unterstützer\*innen

Annalena Baerbock (Potsdam KV); Sven Giegold (Düsseldorf KV); Manuel Sarrazin (Hamburg-Harburg KV); Franziska Brantner (Heidelberg KV); Gerhard Schick (Mannheim KV); Stephan Bischoff (Magdeburg KV); Wolfgang Strengmann-Kuhn (Offenbach-Stadt KV); Anna Cavazzini (Berlin-Kreisfrei KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Benjamin Bremer (Potsdam KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Torben Wöckner (Berlin-Lichtenberg KV); Levin Velt (Halle KV); Julia Löffler (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Jörn Pohl (Kiel KV); Anais Bordes (Berlin-Pankow KV); Marius Kühne (Münster KV); Sibylle Steffan (Berlin-Neukölln KV); Ralf Lottes (Berlin-Pankow KV); Daniel Gerber (Leipzig KV); Regina Klünder (Kiel KV); Frank Diefenbach (Odenwald KV); Jochen Aulbach (Mainz KV); Nik Riesmeier (Lippe KV); Martin Pitzer (Kassel-Stadt KV); Luca Brunsch (Kiel KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Sebastian Fietkau (Mannheim KV); Ursula Streng (Starnberg KV); Mathias Verheyen (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Daniel Kosak (Hamburg-Wandsbek KV); Jim Martens (Hamburg-Eimsbüttel KV); Jörg Behrschmidt (Hamburg-Mitte KV); Sivan Pätsch (Münster KV); Reimar Chladek (Karlsruhe KV); Malte-Jannik Krüger (Kiel KV); Kevin Köhler (Hamburg-Eimsbüttel KV)

## **WB-EZ-01-055-4** Europakapitel WB-EZ-01 nach Zeile 55 einfügen

Gremium: BAG Wirtschaft und Finanzen  
Beschlussdatum: 01.06.2017  
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

- 1 Das gilt ebenso für die deutsche Bundesregierung.
- 2 *Dabei geht es nicht darum, die Geldbörse zu zücken und unseren „teuren Freunden“ Schulden zu*  
3 *erlassen oder andere Geschenke zu machen. Frankreich, Italien und andere Krisenländer*  
4 *benötigen nicht unsere „Hilfe“. Sie benötigen aber eine andere Politik in Deutschland.*  
5 *Anstatt Fehler nur bei anderen zu suchen, müssen wir anerkennen, dass wir mit unserer*  
6 *übertriebenen Lohnzurückhaltung und unseren zu geringen Investitionen ganz Europa*  
7 *destabilisieren. Wenn wir jetzt dafür sorgen, dass die Löhne bei uns wieder ansteigen, geht*  
8 *es nicht nur auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Deutschland besser, sondern*  
9 *ganz Europa. Und wenn wir in unsere Infrastruktur, Schulen, Krankenhäuser und Internet*  
10 *investieren, anstatt manisch auf die schwarze Null fixiert zu sein und unseriöse*  
11 *Steuersenkungen zu versprechen, geht es nicht nur uns und unseren Kindern besser, sondern*  
12 *auch Europa.*
- 13 *Wir wollen die Chance der neuen europafreundlichen Regierung in Frankreich nutzen, um*  
14 *beherzte Reformen der Eurozone voranzutreiben. Wir wollen wieder mehr Demokratie und*  
15 *Transparenz in Europa. Europa steht für Freiheit, Gerechtigkeit, den respektvollen Umgang*  
16 *mit der Umwelt und, ganz besonders wichtig, sozialen Zusammenhalt.*
- 17 *Wir wollen dafür sorgen, dass die Europäische Zentralbank ihre Geldpolitik wieder*  
18 *normalisieren kann, weil sie nicht mehr auf sich allein gestellt ist, um große Finanz- und*  
19 *Konjunkturkrisen in Europa zu bewältigen. Dafür wollen wir sogenannte automatische*  
20 *Stabilisatoren in Europa einführen und die Möglichkeit bei schweren Konjunkturkrisen*  
21 *antizyklisch agieren zu können.*
- 22 *Wir wollen ebenfalls die Chance für ökologischen Fortschritt nutzen, da die neue Regierung*  
23 *in Frankreich die Bepreisung von CO<sub>2</sub> ganz selbstverständlich und mit einem konkreten Preis*  
24 *(von 100€ pro Tonne CO<sub>2</sub>) in ihrem Programm stehen hat.*
- 25 Wir glauben ...

### **Begründung**

#### **Begründung der Dringlichkeit:**

Emmanuel Macron wurde erst nach der Frist für Änderungsanträge zum französischen Präsidenten gewählt. Konservative Politiker\*innen haben umgehend versucht, das europäische Programm Macrons zu diskreditieren. Die politische Diskussion in Deutschland wird sich in den nächsten Monaten eingehend mit den Vorschlägen Macrons auseinandersetzen. Unser Wahlprogramm sollte dazu Stellung beziehen.

Deshalb braucht das Wahlprogramm eine Aktualisierung.

**WB-WH-01-092-4** Nach Zeile 92 im Kapitel WB-WH-01 soll eingefügt werden:

Antragsteller\*in: Katharina Dröge (KV Köln)  
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

- 1 Der amerikanische Präsident hat den Austritt der USA aus dem Pariser Klimaabkommen  
2 verkündet. Als Antwort hierauf muss die Europäische Union und damit auch Deutschland nicht  
3 nur eine klima-, sondern auch eine handelspolitisch deutliche Ansage an die USA machen.  
4 Prämisse muss sein, dass es kein neues Handelsabkommen zwischen der EU und den USA oder  
5 einem anderen Land geben wird, ohne dass das Pariser Klimaabkommen unterzeichnet wurde und  
6 der Vertrag der Einhaltung der Pariser Ziele dient. Was wir brauchen ist eine Kurswende in  
7 der Handelspolitik: Denn es ist nur dann realistisch, die Klimaziele zu erfüllen, wenn wir  
8 unsere Handelspolitik so ausgestalten, dass sie Ressourceneffizienz, hohe Umweltstandard und  
9 klimaverträgliche Mobilität und Energieerzeugung fördert und nicht behindert! Alle Versuche,  
10 die Verhandlungen über Abkommen wie TTIP ohne diese Grundsätze wiederzubeleben, wären ein  
11 Affront gegen das Weltklima und die Weltgemeinschaft.

## Begründung

### **Begründung der Dringlichkeit:**

US Präsident Trump hat seinen Beschluss, das Pariser Klimaabkommen aufzukündigen, Anfang Juni verkündet. Es ist notwendig, im Wahlprogramm auf diese aktuelle und einschneidende Entwicklung zu reagieren.

### **Unterstützer\*innen**

Annalena Baerbock (Potsdam KV); Katja Dörner (Bonn KV); Ska Keller (Spree-Neiße KV); Claudia Müller (Vorpommern-Rügen KV); Jan Michael Bloss (Stuttgart KV); Benjamin Bremer (Potsdam KV); Oliver Krischer (Düren KV); Daniel Gerber (Leipzig KV); Levin Velt (Halle KV); Martin Häusling (Schwalm-Eder KV); Sven Giegold (Düsseldorf KV); Nada Catic (Rhein-Sieg KV); Manuel Emmler (Berlin-Pankow KV); Sven-Christian Kindler (Hannover KV); Jörn Pohl (Kiel KV); Laura Helena Martin Martorell (Koblenz KV); Katharina Beck (Hamburg-Eimsbüttel KV); Jean Pierre Ganser (Birkenfeld KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV)